

## «Wirtepatent light» abserviert

Franz Sepp Caluori (CVP) wollte dem Parlament zum zweiten Mal innert zweier Jahre eine Gastroprüfung schmackhaft machen. Die Ratsmehrheit erachtete den Auftrag aus marktwirtschaftlichen Gründen erneut als ungeniessbar.

► ENRICO SÖLLMANN

# W

Wer in Graubünden einen Restaurantbetrieb führen will, benötigt seit 1999 kein Wirtepatent mehr. Ausser bei schwerwiegenden Verstössen gegen Hygiene oder in strafrechtlicher Hinsicht erhält somit jede und jeder eine Bewilligung, um sein Glück in der gastronomischen Tätigkeit zu finden. Und das wird, so der Wille des Grossen Rats, auch in Zukunft so bleiben.

Um die «schwarzen Schafe» – laut Franz Sepp Caluori (CVP, Chur) ist «jedes eines zu viel» – auszusortieren, will er seit zwei Jahren mit neuen Bestimmungen im kantonalen Gastwirtschaftsgesetz die Qualität in der Branche und somit den Schutz der Konsumenten verbessern. Der erste Anlauf des Präsidenten von Gastro Graubünden scheiterte in der Aprilsession 2016 – auch im Sinne der Regierung – mit 60:44 Stimmen. Damals wäre für eine Betriebsbewilligung eine Ausbildung in Lebensmittelhygiene, Arbeitssicherheit sowie Sozialversicherungs-, Arbeits- und Mehrwertsteuerrecht Voraussetzung gewesen. In seinem zweiten Auftrag hat Caluori nun «nur» noch Nachweise von Kenntnissen in Lebensmittelrecht und Suchtprävention verlangt, dieses Mal mit Support der Regierung (BT vom 16. Januar). Das aufgetischte Menü schmeckte dem Parlament aber wiederum nicht, es sagte gestern mit 70:35 Stimmen bei zwei Enthaltungen Nein, wobei fast alle Befürworter aus dem Lager von Caluoris CVP kamen.

### Verschwindende Gäste?

Caluori hatte zu Beginn der Debatte zwar die grundsätzlich «hervorragende» Qualität der Bündner Gastrobetriebe gelobt. Die genannten «schwarzen Schafe» sollen aber verschwinden, ansonsten würden es die Gäste tun. «Wir stehen im Wettbewerb mit unseren Nach-



Im Sommer gefragte Gastroangebote wie Besenbeizen sollen auch ohne Prüfung und Nachweis in den Bereichen Lebensmittelrecht und Suchtprävention geführt werden können. (FOTO STEFANIE STUDER)

barn.» 18 Kantone hätten eine gesetzliche Grundausbildung bereits vorgeschrieben. Analog zu St. Gallen hätte Caluori Ausnahmen gewähren wollen, etwa für öffentliche Institutionen, Vereinslokale, Sommerbetriebe und für den Agrotourismus.

### Lob für «Quereinsteiger»

«Vehementer Widerstand» kam wie bereits vor zwei Jahren aus den Reihen der FDP. Fraktionschefin Vera Stiffler (Chur) bezeichnete den Auftrag denn auch als «Zwängerei» und staunte über den «plötzlichen Sinneswandel» der Exekutive um Regierungsrat Jon Domenic Parolini. Es sei ein unnötiger Eingriff in den Markt. Der Gast solle entscheiden – und zwar unabhängig davon, ob es sich nun um einen Kebabstand oder einen Gourmettempel handle. Auch Parteikollege Lorenz Alig (Pigniu) erkannte keinen Nutzen in dem für die Nachweise erforderlichen «Mini-Kurs». Die bestehende Gesetzgebung reiche aus, Verstösse gegen Hygienevorschriften zu ahnden. Gefragt seien die Lebensmittelkontrolleure. Ruedi Kunz (FDP, Chur) ergriff für die «Quereinsteiger» Partei,

die von den neuen Vorschriften betroffen wären. Dabei hätten in der Vergangenheit gerade sie das hiesige Gastroangebot «durch Innovation» bereichert. Als Beispiel nannte Kunz die «beliebten Besenbeizen».

Auch die zwei SVP-Exponenten Domenic Toutsch (Zerne) und Roman Hug (Trimmis) wehrten sich gegen «die Regulierungswut». «Seit 2016 hat sich rein gar nichts geändert», betonte Toutsch. Hug seinerseits kritisierte die Umsetzung der geforderten gesetzlichen Bestimmungen und Caluoris «Schrei nach



«Ich nenne das nicht Zwängerei, sondern Hartnäckigkeit»

FRANZ SEPP CALUORI (CVP)

Ausnahmen». Der Vollzug dieser Regulierungen würde nämlich bei den Gemeinden liegen. «Verschonen Sie uns damit, wir haben schon genug davon», sagte der Trimmiser Gemeindepräsident.

### Positiver Effekt ohne Patent

Auch die BDP sei «Gegner von neuen Vorschriften» für 2400 Gastrobetriebe im Kanton, wie Bernhard Niggli-Mathis (Grüsch) sagte. Er und Emil Müller (Susch) fragten rhetorisch, ob auch Grillstellen betroffen wären und was «um Himmelswillen diese Schnellbleiche» (Müller) ändern würde. Die Churer Sozialdemokraten Andri Perl und Jon Pult beleuchteten den Auftrag aus einem anderen Blickwinkel als die Bürgerlichen. «Er zielt auf zwei Probleme ab», so Perl. «Im Bereich der Hygiene existiert keines. Und der Alkoholkonsum ist in der Schweiz seit 20 Jahren rückläufig.» Pult hob schliesslich den positiven Effekt der Abschaffung des Wirtepatents hervor. «Die Gastronomie ist seither vielfältiger und besser geworden.» Das Schlusswort verblieb Regierungsrat Parolini: «Die Meinungen sind gemacht.»

## Dienstwaffe bleibt exklusiv in Polizeihand

Der Grosse Rat hat dem Einsatz bewaffneter Sicherheitsassistenten zur Unterstützung der Gemeindepolizei den Riegel vorgeschoben. Michael Pfäffli (FDP) wollte eine entsprechende Änderung des Polizeigesetzes herbeiführen.

Bei der Einreichung seines Auftrags im September letzten Jahres hatte Michael Pfäffli (FDP, St. Moritz) noch 71 Mitunterzeichner auf seiner Seite (im BT). Gestern hat sich das Blatt gewissermassen um 180 Grad gewendet. Am Ende lehnten genau 71 Grossräte seine Forderung nach bewaffneten Sicherheitsassistenten zur Unterstützung der Gemeindepolizei ab. Nurmehr 43 Parlamentarier befürworteten die von Pfäffli gewünschte Änderung des kantonalen Polizeigesetzes; zwei enthielten sich der Stimme.

### Nichts zu verlieren?

Pfäffli als Gemeindevorstand von St. Moritz und Parteikollege Urs Marti als Churer Stadtpräsident hatten als Befürworter nicht zuletzt die Sichtweise «ihrer» Polizeien vertreten. Pfäffli wollte die Sicherheitsassistenten angesichts zunehmender Respektlosigkeit und Gewalt gegenüber Gesetzeshütern nicht nur zum Eigenschutz mit einer Dienstwaffe ausstatten. Diese sollten zudem im Falle eines Terror-

anschlags oder Verbrechens rasch reagieren können, um «Menschenleben zu retten». Es sei ein Gebot der Stunde, das in verschiedenen Kantonen schon umgesetzt sei; weitere würden folgen. «Ich respektiere, wenn die Kantonspolizei das nicht will. St. Moritz und Chur wünschen es.» Marti betonte, dass es bei einer Überweisung des Auftrags «nichts zu verlieren gibt, sondern nur etwas

zu gewinnen». Er habe bei der Begleitung von Patrouillen selber erlebt, wie «Leute ausflippen». In der Stadt gelte es, Bürgerinnen und Bürger «vor Kriminellen und häuslicher Gewalt zu schützen».

Andri Perl (SP, Chur) sah es anders. «Wir haben sehr wohl etwas zu verlieren, wenn wir das Gewaltmonopol aufweichen.» Er nannte die im Vergleich zu Polizisten man-

gelnde Ausbildung von Sicherheitsassistenten. Sie würden zum Risiko auf Patrouillen und den Lohndruck auf ihre Kollegen erhöhen. Remo Cavegn (CVP, Bonaduz) wollte die «Büchse der Pandora» ebenso nicht öffnen. Der Präsident des Bündner Kantonspolizei-Verbands wies darauf hin, dass bewaffnete Sicherheitsassistenten in anderen Kantonen vorwiegend bei Gefangenen-transporten, Objektschutz und Zutrittskontrollen im Einsatz stünden. Bei Gewalt und Respektlosigkeit sowie bei Zwangsmassnahmen gegen Bürger hingegen seien «schlecht ausgebildete Polizisten die falsche Antwort». Auf derselben Seite wie Perl und Cavegn stand Regierungsrat Christian Rathgeb, der den Umgang mit einer Schusswaffe als «höchst sensible Angelegenheit» bezeichnete. Er werde diese Meinung auch nicht mit dem künftig zum Angebot stehenden Lehrgang für polizeiliche Sicherheitsassistenten ändern. «Sie wird nicht annähernd gleichwertig zu jener eines Polizisten sein.» ENRICO SÖLLMANN



FDP Grossrat Michael Pfäffli setzt sich im Rat vergeblich für den Einsatz bewaffneter Sicherheitsassistenten ein. (FOTO YANIK BÜRKL)

## Abgelehnte Kundgebungen am WEF geben zu reden

**FRAKTIONSANFRAGE** Die Grossratsfraktion der SP will wissen, warum während des World Economic Forum in Davos fünf Demonstrationen nicht bewilligt wurden. In einer am Montag eingereichten Fraktionsanfrage machen die Grossräte deutlich, dass insbesondere während des WEF, wenn die Bevölkerung von den Diskussionen im Kongresszentrum ausgeschlossen sei, die freie Meinungsäusserung auf der Strasse möglich sein müsse. Die von der Gemeinde Davos als Grund für die abgelehnten Kundgebungen angeführten grossen Schneemassen würden «absurde» Auflagen und «undurchsichtige» Verhaftungen nicht erklären, schreibt die Fraktion. «Der Eindruck konnte nicht zerstreut werden, dass die Gemeinde Davos bei ihrer Entscheidung unter Druck gesetzt wurde.» So fragen die Unterzeichnenden die Regierung, ob der Kanton Einwände gegen die Durchführung der Demonstrationen hatte oder weitere Gründe für die Ablehnung der Gesuche kennt. Zudem wollen sie wissen, wie viele Festnahmen, die letztlich ohne Straftatbestand waren, registriert wurden, und wie sich die Regierung zu diesen sowie zu den abgelehnten Gesuchen für Kundgebungen stellt. (BT)

## Wintersportferien harmonisieren

**AUFTRAG** Mit seinem Auftrag fordert Maurus Tomaschett (CVP, Breil/Brigels) die Regierung auf, darauf einzuwirken, dass die Wintersportferien innerhalb der Kantone besser verteilt werden. Mit einer koordinierten Staffelung der Wintersportferien könnte die Wintersaison verlängert werden. Eine gleichmässige Auslastung sei für alle Beteiligten von Vorteil, könne auch zu günstigeren Preisen führen und die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wintersportorte stärken. Die Regierung solle auf die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EKD) einwirken und diese Idee, die schon von der Tourismusbranche positiv aufgenommen worden sei, unterstützen. Johannes Pfenninger (SP, Rodels) verlangte Diskussion und befand, eine Anfrage statt eines aufwendigen Auftrags hätte auch genügt. Der Rat verabschiedete den Auftrag mit 96:16 Stimmen bei zehn Enthaltungen. CLAUDIO WILLI

### WORTWÖRTLICH

«Es ist wie bei der Partnersuche. Nach zwei Jahren kann man wieder einen Versuch wagen.»

FRANZ SEPP CALUORI (CVP, CHUR)

«Steter Tropfen höhlt den Stein, trifft in diesem Fall den Nagel auf den Kopf.»

DOMENIC TOUTSCH (SVP, ZERNEZ)

«Mir macht die Regulierungswut des Parlaments Bauchschmerzen und nicht die Gastronomie.»

ROMAN HUG (SVP, TRIMMIS)

«Gastroexperte zu sein, macht Spass. (...) Ich bezeichne mich als einen, der sehr viel seines Verdienstes dabei liegengelassen hat.»

JON PULT (SP, CHUR)

«Ich muss nicht länger werden. Es ist ein politischer Entscheid und sie werden ihn nun fällen.»

REGIERUNGSRAT JON DOMENIC PAROLINI

### HEUTE IM RAT

## 14 Fragen eingereicht

Am letzten Tag der Februarsession ist traktandiert:

- Fragestunde mit 14 Fragen
- Der Bericht und Antrag der Präsidentenkonferenz für das Live-Streaming der Grossrats-session.

### GESTERN IM RAT

## Zügig durchs Programm

Der Grosse Rat hat am zweiten Sessionstag ► den Auftrag Pfäffli betreffend eine Änderung des Polizeigesetzes und der Polizeiverordnung mit 43:71 bei zwei Enthaltungen nicht überwiesen. ► den Auftrag Caluori betreffend Nachweis von Kenntnissen in der Lebensmittelhygiene und der Suchtprävention (Wirtepatent light) mit 35:70 bei zwei Enthaltungen nicht überwiesen. ► den Auftrag Tomaschett (Breil) betreffend überkantonale Koordination der Wintersportferien mit 69:16 bei zehn Enthaltungen überwiesen. ► vom Rückzug des Auftrags Locher Benguerel betreffend Organisation der Kinder- und Jugendpsychiatrie in Graubünden Kenntnis genommen. ► diverse Anfragen behandelt.